

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, euch alle hier zu sehen. Ich freue mich ganz besonders, weil ich hier zu Menschen sprechen darf, die sich alle miteinander nicht für dumm verkaufen lassen.

Unsere Forderung nach einem Sockelbetrag von 50 Euro und einer linearen Erhöhung von 3 Prozent kann nur als moderat bezeichnet werden. In Zeiten, in denen von jetzt auf gleich hunderte von Milliarden in den Bankensektor gepustet werden, damit die armen Bänker weiter ihre Boni bekommen, ist unsere Forderung sogar sehr, sehr moderat. Umso unverschämter ist es, dass Innenminister Rhein es nach zwei Verhandlungsrunden immer noch nicht für nötig gehalten hat, überhaupt ein Angebot vorzulegen.

Ganz offensichtlich wartet Herr Rhein auf die Volksabstimmung zur Schuldenbremse am 27.03., um dann sagen zu können, dass er dem angeblichen Volkswillen entsprechend unsere Gürtel enger schnallen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

weder Nullrunden noch Lohnverzicht würden ausreichen, die chronisch unterfinanzierten Haushalte zu sanieren. Hessen gibt nämlich gar nicht zu viel aus. Hessen nimmt zu wenig ein.

Das Problem ist, dass sich die Politiker der BRD über Jahre hinweg den Luxus geleistet haben, einen einzelnen Pförtner bei Siemens mehr Steuern zahlen zu lassen, als den gesamten Siemens-Konzern. Ihr braucht nur 12 Jahre zurück zu denken: Auch bei BMW oder Daimler-Crysler hat jeder einzelne der kleinen Pförtner damals mehr Steuern bezahlt als die Konzerne, die sogar noch Steuern herausbekommen haben. Porsche hat damals damit geworben, der einzige Autobauer in Deutschland zu sein, der überhaupt Steuern zahlt! In Städten mit der höchsten Millionärsdichte Deutschlands zahlten die Finanzämter damals Steuern zurück!

Auch wenn die Konzerne und Millionäre mittlerweile wieder ein paar Euro Steuern zahlen, leisten sich unsere Politiker weiter den Luxus der niedrigsten Steuerquote aller alten EU-Länder.

Hier liegt die Wurzel der Probleme, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deswegen ist der Staat angeblich arm und angeblich nicht in der Lage, vernünftige Löhne zu zahlen, obwohl das Volksvermögen weiter steigt und steigt.

Während die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst in den letzten zwei Jahrzehnten Reallohnverluste von 20 Prozent hinnehmen mussten, genehmigen sich die Top-Manger in den Dax-Unternehmen innerhalb eines einzigen Jahres Bezugssteigerungen von 25 Prozent!

Das Problem in Deutschland ist die fehlende Gerechtigkeit! Nur eine Steuerpolitik, die endlich auch wieder Reiche entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Staates beteiligt, kann Abhilfe schaffen. Die Steuergeschenke der letzten 13 Jahre summieren sich mittlerweile auf die unvorstellbare Summe von einer halben Billion Euro. Diese Steuergeschenke sind nicht an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Beamtinnen und Beamten gegangen. Ohne die Steuergeschenke hätten die Finanzminister heute pro Jahr über 50 Milliarden Euro mehr in der Kasse - jedes Jahr! Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben es satt, solche Steuergeschenke durch Gehaltsverzicht zu finanzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Habe Arbeit. Brauche Geld!“ habe ich nicht nur einmal auf einem Transparent gelesen. Das beschreibt genau das Problem. Der öffentliche Dienst hat sich seit Jahren mit bescheidenen Lohnerhöhungen zufrieden gegeben – immer mit dem Argument der leeren Kassen begründet. Jetzt geht nichts mehr. Alle Gehaltsgruppen sind dringend auf Gehaltserhöhungen angewiesen, denn die Gehälter sind real gar nicht gestiegen. Berücksichtigt man die Inflation, erkennt man, dass sie in Wirklichkeit gefallen sind. Wir haben es für die Lehrerinnen und Lehrer in Hessen berechnet: Wir haben in den zurückliegenden Jahren, wenn man die Inflation berücksichtigt, bereits ein Viertel unseres Einkommens verloren. Ich glaube nicht, dass es euch anders gegangen ist. Wir brauchen endlich wieder Gehaltssteigerungen, die über der Inflationsrate liegen. Wir müssen von den Gehaltssteigerungen auch etwas in der Tasche merken. Geld ist da, das haben die Milliarden für die Banken gezeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeitgeber behaupten, der Öffentliche Dienst wäre zu teuer. Dass das gar nicht stimmt, zeigt ein Blick über Deutschlands Grenzen.

Die Staaten der EU geben im Durchschnitt – ich wiederhole: im Durchschnitt - eineinhalbmal so viel für den öffentlichen Dienst aus, wie die Bundesrepublik. Dänemark und Schweden leisten sich öffentliche Dienste, die mehr als doppelt so groß und so teuer sind wie die unsrigen – und es geht ihnen gut dabei!!! Diese Länder haben verstanden, dass es ein Gebot der Vernunft ist, auf diese Weise die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und neben dem Export auch auf die Binnennachfrage zu achten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Tarifpolitik im öffentlichen Dienst kann nicht ausbügeln, was an anderer Stelle falsch gemacht wird: Gute staatliche Leistungen im in den Straßenmeistereien, in Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Verwaltungen erfordern eine ordentliche Finanzausstattung. Mit Lohndumping sind sie nicht zu erreichen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben es satt, die Sparschweine der Nation zu sein.

Lasst uns weiter zusammen stehen, denn wir sind auf genau dem richtigen Weg. Wir wollen guten Lohn für gute Arbeit. Wir wollen Gerechtigkeit. Wir werden von unseren Forderungen nicht abrücken, denn sie sind mehr als berechtigt.

Ich wünsche uns allen Selbstbewusstsein und Durchhaltevermögen und am Ende viel Erfolg!